

Vorlage, DS-Nr. 2023/0835

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Schulausschuss	02.11.2023			

Betreff: Aufruf zur Initiierung von Projekten gegen Antisemitismus;
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
16.10.2023

Beschlussentwurf:

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Auswirkungen auf den Haushalt:

Finanzielle Auswirkungen: Nein

Haushaltsjahr: XXXX
Sachkonto/Investitionsnummer: -
Kostenstelle/Kostenträger: -
Gesamtansatz: 0,00 €
Verbraucht: 0,00 €
Noch verfügbar: 0,00 €
Bedarf der Maßnahme: 0,00 €
Erträge: 0,00 €
Jährliche Folgekosten: 0,00 €

Bemerkung:

Auswirkungen auf das Klima:

Klimarelevanz: ja / nein / entfällt

Die Auswirkungen des Vorhabens auf den Klimaschutz und die Klimaanpassung sind

positiv negativ neutral.

Für das Vorhaben relevante Themengebiete	Auswirkungen		
	positiv	negativ	neutral
<input type="checkbox"/> Planungsvorhaben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Städtische Gebäude und Liegenschaften	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Mobilität und Verkehr	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Nachhaltige Verwaltung und Beschaffung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Zusätzliche Beratung im AKU notwendig
Erläuterung: Siehe Sachdarstellung

ja nein

Sachdarstellung:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möchte mit dem als Anlage beigefügten Schreiben die Verwaltung beauftragen, interessierte Schulen bei der Initiierung von Projekten gegen Antisemitismus zu unterstützen. Die Unterstützung soll auch Haushaltsmittel umfassen, die kalkuliert und im Rahmen der Haushaltsplanberatung in den Haushalt 2024/2025 eingestellt werden sollen.

Da es sich hier um eine Angelegenheit des internen pädagogischen Bereichs handelt, wird die Verwaltung die Thematik über die Schulleitersprecherin/den Schulleitersprecher an die Schulen geben und mit diesen zur Projektentwicklung im weiteren Kontakt stehen. Die Bezirksregierung Köln hat die Schulen auch nochmals aufgrund des aktuellen gewaltsamen Konfliktes auf die besonderen Problemstellungen aufmerksam gemacht.

In Zusammenarbeit mit den Schulen können bei Bedarf Projekte geplant und nach Möglichkeit benötigte Finanzmittel in die Haushaltsplanberatung des Schulausschusses eingebracht werden.

In Vertretung

Tanja Gaspers
Erste Beigeordnete